

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 28 241
Preis für Nichtabnehmer: 20 O. 11

Bezugs-Gebühr von 16. bis 3. Septbr. 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 RM.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Hochdruck berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 20 O. für 4 Spalten, Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 O., außerhalb 25 O., die 20 mm breite Reklamazeile 20 O., außerhalb 30 O., Übersetzergebühren 30 O., usw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 28 42
Druck u. Verlag von Viepich & Reichardt in Dresden
Vollständ. Kont. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe i. Dresden; ferner i. anderen Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Konditorei Limberg
Prager Straße 10
Das vornehme Tagescafé
Im neuen Gewande!

Erstklassige
Reise-Koffer
Schrank-Koffer
sämmtliche Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft
Chr. Garms Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernsprecher 1225. Nähe Postplatz.
Voranlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gas-Herde Dauerbrand-Oefen Ersatzteile.

Nach der Calamität-Streit in Genf vertagt.

Wer legt den Versailler Vertrag aus? — Umstrittene Zuständigkeit des Völkerbundsrates.

Die Schlichtung des Völkerbundsrates.
Genf, 28. Sept. Der Völkerbundsrat setzte in seiner Vormittagsitzung die Verhandlungen über den deutsch-griechischen Streitfall in der Calamität-Affäre fort.
Der Streit dreht sich bekanntlich darum, daß sich Griechenland unter Hinweis auf das in den Artikeln 190 und 192 von Versailles enthaltene Bau- und Ausfuhrverbot für Kriegsschiffe und Kriegsmaterial weigert, ein vor dem Kriege bei der Vulkanwerkstatt bestelltes Kriegsschiff abzunehmen. Die Debatte im Völkerbundsrat nahm einen ungewöhnlich breiten Raum ein. Zu Beginn der Diskussion erklärte
Dr. Stresemann,
er habe größtes Vertrauen zu den Entscheidungen des Haager Schiedsgerichtshofes und grundsätzlich nichts gegen dessen Anrufung einzuwenden. Er hege nur die ernste Befürchtung, daß ein Antrag des Rates über seine eigene Zuständigkeit eine Entscheidung des Haager Gerichtshofes herbeizuführen, allgemein den Eindruck erwecken könnte, daß eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit im Rat über seine eigene Zuständigkeit bestände. Dr. Stresemann betonte nachdrücklich, daß es sich in dieser Angelegenheit um eine laienmännliche und Weltfrage von verhältnismäßig geringer Bedeutung, um einen privatrechtlichen Streitfall handle, der ausschließlich in die Kompetenz des in den Friedensverträgen vorgesehenen deutsch-griechischen Schiedsgerichtshofes gehöre. Es würde eine außerordentliche Belastung des Rates bedeuten, wenn er sich in Zukunft mit der Schlichtung der zahllosen vor dem Gemischten Schiedsgerichtshof laufenden Streitfragen befassen würde. Dr. Stresemann trat dafür ein, daß der Rat zunächst selbst zur Frage seiner Zuständigkeit Stellung nehme. Der Rat würde sich aber außerdem auf eine solche Ebene begeben, wenn er in ein schwebendes Verfahren einträte.
Der Vertreter Griechenlands hob demgegenüber hervor, daß der Völkerbundsrat der Nachfolger der Völkerbundkonferenz und als solcher s. V. allein für die Befugnisfrage über alle Investitionen zuständig sei. Die Kompetenz des Völkerbundsrates in dieser Angelegenheit sei unabweisbar. Der Rat habe als höchste politische Instanz das Recht, eine Interpretation über die Zuständigkeit auszuüben. Die holländische Delegierte wandte sich sodann für die Auffassung der deutschen Delegation ein. Eine Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die Kompetenzgrenzen des Rates würde einen schweren Prestigeverlust des Rates bedeuten. Die holländische Regierung stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß der Rat keinerlei Kompetenzen zur Interpretation der Bestimmungen des Versailler Vertrages besitze. Der Rat habe auch kein Recht, sich in ein bereits laufendes Schiedsgerichtsgeschäft einzumischen. — Das italienische Mitglied Scialoja machte den Vorschlag, die Entscheidung auf jeden Fall auf Dezember zu vertagen, um eventuell in der Zwischenzeit beim händigen Gerichtshof im Haag ein Gutachten über die

Zuständigkeit des Rates unter ausdrücklicher Beschränkung auf den vorliegenden Fall eingeholen.
In seiner Schlußfassung beschloß der Rat, die Calamität Angelegenheit auf Dezember zu vertagen und einen Juristen-ausschuss, in dem jeder Mitgliedsstaat vertreten ist, zu beauftragen, sich über die Frage der Zuständigkeit des Rates zur Interpretation der Artikel 190 und 192 des Versailler Vertrages zu äußern. Der Bericht oder die Berichte dieses Juristen-ausschusses sollen dem Dreierausschuss, der aus Urrutia als Vorsitzender, Scialoja und Abatzi als Beigeordnete besteht, zur weiteren Berichterstattung an den Rat vorgelegt werden. In der Diskussion verneinte der französische Ratvertreter Graf Clauzel die Zuständigkeit des Rates und sprach sich für die Verweisung des griechischen Gesuches um Auslegung der fraglichen Artikel des Versailler Vertrages aus. Er sei jedoch bereit, einer Vertagung zuzustimmen. Der englische Delegierte Lord Dunsford hat sich dieser ablehnenden Erklärung des französischen Delegierten angeschlossen.
Genf, 28. Sept. Zu der Vertagung des Calamität-Streit-falles muß von deutscher Seite darauf hingewiesen werden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit handelt, die in keinem Zusammenhang mit den vom griechischen Delegierten in Anspruch genommenen Investigationsbefugnissen des Völkerbunds steht. Ebenfalls kann dem Völkerbundsrat das Recht auf eine Interpretation des Versailler Vertrages zugesprochen werden, da für eine derartige Forderung jegliche Rechtsunterlagen fehlen. Eine Einholung eines Rechtsgutachtens über die Kompetenz des Rates ist als wenig glückliche Behandlung dieser rein privatrechtlichen Angelegenheit anzusehen, da nach außen hierdurch lediglich der Eindruck erweckt wird, daß innerhalb des Rates selbst Meinungsverschiedenheiten über die eigene Zuständigkeit beständen.
Entscheidung in Danzig
Danzig, 28. Sept. Die Danziger Presse gibt ihrer Enttäuschung über die abermalige Vertagung der Wehrplattenfrage in Genf unverhohlenen Ausdruck und betont, daß man in Danzig nicht verstehen könne, daß sich der Völkerbundsrat immer wieder um eine Entscheidung herumdrücke, die für Danzig von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die Tatsache, daß ein ungünstiger Beschluß des Rates durch den Widerspruch Deutschlands nicht zur Annahme gelangt ist, findet allgemeine Beachtung.
Dr. Stresemann aus Genf abgereist.
Genf, 28. Sept. Außenminister Dr. Stresemann hat heute nachmittag 6 Uhr mit dem Staatssekretär von Schubert und den übrigen Mitgliedern der Delegation Genf verlassen und die Rückreise nach Berlin angetreten, wo er am Donnerstag nachmittag eintreffen wird. Die übrigen Delegationen verlassen Genf, soweit sie noch nicht abgereist sind, ebenfalls heute abend.

Probleme der deutschen Finanzwirtschaft.
Von Geh. Regierungsrat Dr. Quast, M. d. R.
Der Reparationsagent, dessen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft ebenso groß wie bedeutend ist, hat in seinem letzten Bericht vom 10. Juni 1927 an derselben eine Herrenkritik geübt und bereitet offenbar deren Fortsetzung und Vertiefung vor. Die deutsche Öffentlichkeit verhält sich demgegenüber völlig passiv. Man sucht nicht zu fordern, was an der Kritik berechtigt oder unberechtigt ist. Man versucht nicht zu bessern, was mit Recht zu tadeln ist, und die unberechtigte Kritik zurückzuweisen. Nein, man schweigt und betrachtet die ausländische Finanzkontrolle und deren Äußerungen als gott-gemolltes Schicksal.
Das kann nicht so bleiben. Wir werden uns aufraffen müssen. Zunächst ist eine Aufklärung über die Grundlage und die Eigenart unseres heutigen Finanzsystems nötig. Darum hierüber einige Worte. Der Bericht des Reparationsagenten muß späterer Würdigung vorbehalten bleiben.
Volkswirtschaft, Finanzwirtschaft und Währung bilden eine Einheit. Krankheit einer der drei gefährdet die andere. Eine gesunde Finanzwirtschaft kann nur bestehen auf der Grundlage einer gesunden Volkswirtschaft und einer gesunden Währung. Die nachrevolutionäre Wirtschaftspolitik in Deutschland hat diese Grundlagen auf das gefährlichste erschüttert. Am 2. November 1923 traten die vier sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung aus. Am 16. November 1923 wurde die Rentenpresse stillgelegt und damit der Quell der Inflation verstopft. Wenige Tage darauf trat dann auch das Kumpfkabinett Stresemann zurück und wurde durch das Kabinett Marx-Luther ersetzt. Zunächst galt es, einen Ersatz für die vollkommen zusammengebrochene Währung zu schaffen. Das geschah durch Annahme des Delferich-Plans. Wie sollten nun aber die völlig geleerten Reichs- und Staatskassen gefüllt werden? Sie standen vor dem Nichts. Die Reichsbank konnte und durfte — selbst mittellos — nicht ausbilden. Da sprang die neugestiftete „Deutsche Rentenbank“ ein. Sie schob dem Reich die Summe von 1200 Millionen Rentenmark (Goldmark) vor. Das war bei der furchtbaren Geldnot ein ungeheurer Betrag. Von dieser aus der Wirtschaft entnommenen Summe mußten aber in den letzten drei Vierteljahren des Etatsjahres 1923/24, also bis 1. April 1924, nicht weniger als 820 Millionen Mark wieder an den Feindbund für Besatzungskosten gegeben werden. Für 1924 mußten dafür weitere 872 Millionen Mark bereitgestellt werden, ohne daß dafür Deckung vorhanden war.
Es ist danach eine ungeheure finanzielle Lage, daß der Dawes-Plan die deutschen Finanzen saniert hätte. Das Ausland hat bei der Stabilisierung der Mark keine Hilfe geleistet. Das „deutsche Wunder“, wie Amerikaner die Stabilisierung durch die Rentenmark genannt haben, ist allein aus deutscher Kraft trotz furchtbarer Tributlasten entstanden. Weiter mußten für die Länder und Gemeinden etwa 600 bis 700 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Sie hatten in der Inflation fast völlig aus der Reichskasse, d. h. von der Rentenpresse, gelebt. Auch hier war eine unverantwortliche Wirtschaft eingerissen. Nicht viel besser lag es bei den Reichsbetrieben: Eisenbahn und Post. Die Sanierung erfolgte in großen Zügen wie folgt: Die Länder und Gemeinden wurden teils auf eigene Einnahmen (s. B. Hauszinssteuer) verwiesen, teils mit Zuschüssen (Ueberweisungen) ausgestattet, ohne daß es freilich gelang, die Länder, Gemeinden, Kommunalverbände usw. auch zu einer höheren Sparsamkeit in ihren Verwaltungen zu bewegen. Die großen Reichsbetriebe der Eisenbahn und der Post wurden nun „abgehängt“, d. h. auf eigene Füße gestellt. Sie sollten fortan ihre Ausgaben aus eigenen Einnahmen bestreiten, was in geordneten Verhältnissen eine einfache Selbstverständlichkeit gewesen wäre. Fehlerhaft war, daß man hierbei die beiden Betriebe fast von jeder Kontrolle des Reiches befreite. So schuf man die Voraussetzungen für die Internationalisierung der Reichsbahn und für die heutigen Streitigkeiten und Unklarheiten der Reichspost. Ein zweiter Sanierungsplan war der Personalabbau. Sein finanzielles Ergebnis war gering, in der Beamtenchaft schuf er Verdriemelung. Den angeschwollenen Behördenapparat in den Ländern, Gemeinden und anderen Kommunalverbänden, sozialen Versicherungsanstalten und dergleichen rational zu gestalten, gelang nicht. Noch heute fehlt es an einer Uebersicht über das Gesamtpersonal, das von den genannten öffentlichen Verbänden beschäftigt wird.

Belgien und der deutsch-französische Handelsvertrag.
Brüssel, 28. Sept. „Nation Belge“ kündigt an, daß die drei in Brüssel anwesenden sozialistischen Minister mit mehreren leitenden Persönlichkeiten der sozialistischen genossenschaftlichen Organisationen eine Besprechung im Außenministerium abhielten, um die Rückwirkungen des deutsch-französischen Handelsvertrages auf die belgische Industrie und den belgischen Handel zu prüfen. Die Leiter der Genossenschaften legten ihre Ansicht dar und bestanden auf der Notwendigkeit, von Frankreich weitgehende Zugeständnisse zugunsten der wesentlichen belgischen Ausfuhrartikel durchzusetzen. — Nach einer weiteren Davosmeldung aus Brüssel kündigen die belgischen Blätter an, daß der belgische Votschaffer in Paris, sobald Poincaré nach Paris zurückgekehrt sein wird, bei der französischen Regierung eine Demarche bezüglich des deutsch-französischen Handelsvertrages unternehmen werde.
Um den deutsch-polnischen Handelsvertrag.
Kein Fortschritt wegen der Erkrankung Jaseffis.
Berlin, 28. Sept. Warschauer Blätter berichten übereinstimmend, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf einem toten Punkt angelangt seien, da der deutsche Gesandte Kauscher Besprechungen nur allgemeiner Natur führen könne und keine Instruktionen aus Berlin habe. An zuständiger deutscher Stelle wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß man auf deutscher Seite an das Zustandekommen des polnischen Außenministers Jaseffis mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf die Hoffnung geknüpft habe, daß nach dem befristenden Verlauf der diplomatischen Vorverhandlungen über die Nieder-

lassungsfrage ein weiterer Schritt auf dem Wege zu weiteren sachlichen Verhandlungen hätte getan werden können. Weiter konnte durch die Erkrankung des polnischen Außenministers die geplante Zusammenkunft nicht zustandekommen.
Eine polnische Flugchrift über den Fall Jagorski.
(Durch Funkpruch.)
Warschau, 28. Sept. Von Kattowitz und Krakau aus ist aus Polen mit einer anonymen Flugchrift überschwemmt worden, die den Titel trägt: „Die Wahrheit über den Fall Jagorski.“ Es wird hier behauptet, der General sei nach seiner Entlassung in Warschau in einem in der Nähe von Warschau gelegenen Fort von einigen Offizieren ermordet und seine Leiche in die Weichsel geworfen worden. — Die Regierungspresse stellt fest, daß es sich hierbei um eine abscheuliche Verleumdung handelt. Von der oppositionellen Presse wird jedoch verlangt, daß die Behörden ihr Schwelgen brechen, um sich mit den Vorwürfen der Flugchrift auseinanderzusetzen. (W. L. B.)
Der amerikanische Finanzkontrolleur für Warschau
Washington, 28. Sept. Im Schachamt verlautet, daß der stellvertretende Sekretär im Schachamt, Charles Dewey, zum amerikanischen Vertreter im Aufsichtsrat der polnischen Staatsbank ernannt werden wird. Im Staatsdepartement wurde angegeben, daß man weder gegen die polnische Anleihe noch gegen die Wahl Deweys Bedenken habe. (W. L. B.)
Woldemaras kommt nach Berlin.
Rom, 28. Sept. Ministerpräsident Woldemaras wird wahrscheinlich heute Rom verlassen, um sich nach Berlin zu begeben, wo er eine Begegnung mit dem Reichsaußenminister Stresemann haben soll. Am 1. Oktober wird Woldemaras wieder in Rom eintreffen. (W. L.)

lassungsfrage ein weiterer Schritt auf dem Wege zu weiteren sachlichen Verhandlungen hätte getan werden können. Weiter konnte durch die Erkrankung des polnischen Außenministers die geplante Zusammenkunft nicht zustandekommen.
Eine polnische Flugchrift über den Fall Jagorski.
(Durch Funkpruch.)
Warschau, 28. Sept. Von Kattowitz und Krakau aus ist aus Polen mit einer anonymen Flugchrift überschwemmt worden, die den Titel trägt: „Die Wahrheit über den Fall Jagorski.“ Es wird hier behauptet, der General sei nach seiner Entlassung in Warschau in einem in der Nähe von Warschau gelegenen Fort von einigen Offizieren ermordet und seine Leiche in die Weichsel geworfen worden. — Die Regierungspresse stellt fest, daß es sich hierbei um eine abscheuliche Verleumdung handelt. Von der oppositionellen Presse wird jedoch verlangt, daß die Behörden ihr Schwelgen brechen, um sich mit den Vorwürfen der Flugchrift auseinanderzusetzen. (W. L. B.)
Der amerikanische Finanzkontrolleur für Warschau
Washington, 28. Sept. Im Schachamt verlautet, daß der stellvertretende Sekretär im Schachamt, Charles Dewey, zum amerikanischen Vertreter im Aufsichtsrat der polnischen Staatsbank ernannt werden wird. Im Staatsdepartement wurde angegeben, daß man weder gegen die polnische Anleihe noch gegen die Wahl Deweys Bedenken habe. (W. L. B.)
Woldemaras kommt nach Berlin.
Rom, 28. Sept. Ministerpräsident Woldemaras wird wahrscheinlich heute Rom verlassen, um sich nach Berlin zu begeben, wo er eine Begegnung mit dem Reichsaußenminister Stresemann haben soll. Am 1. Oktober wird Woldemaras wieder in Rom eintreffen. (W. L.)